

## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



Der Gleichstellungs-Check des Deutschen Frauenrats (DF) dient der politischen Arbeit der DF- Mitgliedsverbände. Er greift die aktuell wichtigsten Forderungen des DF zur Frauen- und Gleichstellungspolitik auf, die den Bundestagsparteien im März dieses Jahres bereits übermittelt wurden. Dazu wurden die von den (potentiellen) Bundestagsparteien vorgelegten Wahl- bzw. Regierungsprogramme ausgewertet. Dieser Abgleich kann wegen des Umfangs der Programme nur eine entsprechend kleine Auswahl der Programmziele der Parteien berücksichtigen und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Folgende Themenfelder werden verglichen:

1. Bekenntnis zur Gleichstellungspolitik? Bekenntnis gegen Rechtspopulismus?
2. Soll Frauen- und Gleichstellungspolitik (FuG) als Regierungsziel umgesetzt werden?
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Ziel?
4. Wirtschaftliche Unabhängigkeit im Lebensverlauf als Ziel?
5. Wird Leistung von Frauen für Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität anerkannt?
6. Unterstützung geflüchteter Frauen und Mädchen?
7. Wird Gewaltfreiheit und Antidiskriminierungspolitik umgesetzt?
8. Soll das Gesundheitswesen gendergerecht ausgestaltet werden?
9. Wird FuG international umgesetzt?

////////////////////////////////////  
DF-Bewertung:            + = erfüllt                            -- = nicht erfüllt, keine Angabe                            ? = ungenau

## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AFD
<b>1. Bekenntnis zur Gleichstellungspolitik?</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>--</b>
Maßnahmen für Gleichstellungspolitik	Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst	Führungsgremien mit 50%-Quote, Aktionsplan Gleichstellung	neue Arbeitszeitmodelle, Entgeltgleichheit, Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Frauenquote 50 %	Einführung v. Standards, Entgeltgleichheit	flexible AZ-Modelle, mehr Frauen in Führungspositionen, ohne Quote	Für Abschaffung der Quote und gegen alle gleichstellungspolitischen Maßnahmen
<b>Bekenntnis gegen Rechtspopulismus?</b>	Bekenntnis zu den freiheitlichen und demokratischen Werten des Grundgesetzes	Bekenntnis zu den freiheitlichen und demokratischen Werten des Grundgesetzes	Politische, soziale und kulturelle Rechte sind unteilbar und universell zu sichern	Für die Grund- und Freiheitsrechte sowie die Demokratie und die Prinzipien der offenen Gesellschaft eintreten	Rechts- und links-extremistische und nationalistische Gruppen als Herausforderung für den Rechtsstaat	Es wird bestritten, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist, der die innere Sicherheit gewährleistet
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus	<b>--</b>	Verbesserung der Statistik, Prävention, Gesetz zu Demokratieförderung und Extremismusprävention	Unabhängige Beobachtungsstelle „Extreme Rechte, Rassismus“ schaffen; Verbot entsprechender Organisationen; Bundesprogramme dauerhaft finanziell fördern	Rechtsextremismus und Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen  Prävention ausbauen	<b>--</b>	<b>--</b>



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
<b>2. Soll Frauen- und Gleichstellungspolitik (FuG) als Regierungsziel umgesetzt werden?</b>	--	+	--	--	--	--
Berücksichtigung Lebensverlaufsperspektive (Gleichstellungsberichte)	--	--	--	--	--	--
Gender-Budgeting	--	Geschlechter-gerechte Haushaltssteuerung	--	--	--	Keine finanziellen Mittel für Gender zur Verfügung stellen
<b>3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Ziel?</b>	+	+	+	+	--	--
Partnerschaftliche Arbeitsteilung	Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, Rückkehr auf Vollzeit erleichtern	Steigerung der Frauen- Erwerbstätigkeit, Wahlarbeitszeit, Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit	Rückkehrrecht auf die vorherige Arbeitszeit	Rückkehrrecht zur Vollzeit bzw. vorherige Arbeitszeit, Wahlarbeitszeit	--	Traditionelles Leitbild von Ehe und Familie Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Ausbau Kinderbetreuung	Betreuung ausbauen, auch für das Grundschulalter	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, auch im Grundschulalter, schrittweise Abschaffung der Gebühren	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, auch im Grundschulalter	Förderung nur in Betrieben	--
Ausbau Pflege/ Care- und Sorgearbeit	Pflege flächendeckend entsprechend des demografisch steigenden Bedarfs sicherstellen; Ausbau der leistungsfähigen Gesundheitswirtschaft	Absicherung von Pflegerisiken in der Bürgerversicherung; sichere Versorgung unabhängig vom Einkommen und Wohnort; Aufwertung: Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal	Pflegeinfrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge; Mehr professionelle Pflegekräfte; Anhebung des Pflege Mindestlohns; Pflegevollversicherung	Gesundheitsberufe finanziell aufwerten; dreimonatige Pflegezeit sowie 10 Tage jährlich, jeweils mit Lohnersatzleistung	Weitere Deregulierung in der Gesundheits- und Pflegepolitik	--
Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen	--	Flächendeckend, vernetzt, legal, zugänglich und bezahlbar, mit sozialversicherter Beschäftigung	--	--	Steuerliche Berücksichtigung von 50 statt bisher 20 Prozent	--



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Abschaffung Ehegattensplitting und Steuerklasse V	--	Familientarif mit Kinderbonus von 150 €/Kind für alle Eltern, übertragbare Unterhaltsverpflichtung, Wahlrecht für bestehende Ehen	Familienfreundliche Steuermodelle (kein konkreter Vorschlag) mit übertragbarem steuerlichen Existenzminimum	Individuelle Besteuerung mit Förderung von Familien mit Kindern, mit Wahlrecht für bereits bestehende Ehen	Ehegattensplitting bleibt unverändert	Ehegattensplitting ausweiten auf alle Familienmitglieder
Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab 1. Euro	Nein, Ausweitung als Lohnsteigerung: mitwachsender Minijob	Nur für gesetzliche Rentenversicherung	Nur für gesetzliche Rentenversicherung (in Erwerbstätigenversicherung)	Nur für gesetzliche Rentenversicherung (in Bürgerversicherung)	Nein, Ausweitung auf 60fache des gesetzlichen Mindestlohns	--
<b>4. Wirtschaftliche Unabhängigkeit im Lebensverlauf als Ziel?</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>?</b>	<b>--</b>
Eigenständige Existenzsicherung	Mehr Möglichkeiten für Frauen schaffen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten	Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern	Chancengleichheit für alle Geschlechter, einer Erwerbsarbeit nachzugehen	Gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand, Einkommen und Vermögen; Wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Lebensphasen; Grundrecht auf Existenzsicherung	Rahmenbedingungen, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten	--



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit	Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes überprüfen und ggf. mit Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen	Allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales; Beruf der/des Erziehers/in aufwerten und Ausbildung verbessern; Pakt für anständige Löhne (insb. im Dienstleistungsbereich); Transparenzgesetz zu Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln, kleine und mittlere Betriebe einbeziehen; Verbandsklagerecht	Grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik; Verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessinstrumente; Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen	Tarifvertrag „Soziale Dienste“, der für alle gelten soll; Effektives Entgeltgleichheitsgesetz, auch für kleine Betriebe; Lohncheck um aufzudecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit	Bessere Bezahlung und Ausbildung des Kita-Personals	Bestrebungen werden abgelehnt, die diese Ideologie durch (...) Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ (...) umsetzen
Geschlechtergerechte Reform der Aus- und Weiterbildung I	Schulgeld für die Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und den weiteren Heilberufen abschaffen	MINT-Bildung stärken und Frauen dafür gewinnen; Ausbau der Teilzeitausbildung; Vollschulische Ausbildung in...	Stärkung der Qualifizierung; Gebührenfreie Ausbildungen, Ausbildungsvergütung und bessere Bezahlung...	Mindestausbildungsvergütung ergänzend zu einzelnen Tarifverträgen; Investition in Aus- und Weiterbildung von...	--	--



DF-Bewertung: + = erfüllt

-- = nicht erfüllt, keine Angabe

? = ungenau

## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Geschlechtergerechte Reform der Aus- und Weiterbildung II		<p>duale Ausbildung überführen - gebührenfrei und mit Ausbildungsvergütung;</p> <p>Gleiche Chancen auf Fort- und Weiterbildung für alle Beschäftigten - im Bedarfsfall mit Kinderbetreuungsangebot</p>	<p>in Gesundheits- und Heilberufen;</p> <p>Ausbildung als Erzieher/in auf Hochschulniveau;</p> <p>Kostenfreie Weiterbildungsangebote</p>	<p>Erzieher*innen und Rahmenbedingungen schaffen, dass sie besser bezahlt werden;</p> <p>Kostenfreie Ausbildung in allen Gesundheitsberufen.“</p>		
Altersarmut von Frauen I	<p>Altersarmut wird (nur) als Problem der Erwerbsminderung behandelt.</p> <p>Lösungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau des Drei-Säulen-Modells</li> <li>- gute Wirtschaftslage</li> </ul>	<p>Vermeidung durch mehr und gesicherte Erwerbstätigkeit, gute Löhne und Stärkung der Tarifbindung;</p> <p>Rentenniveau-Sicherung mit neuem Generationenvertrag und steuerfinanziertem Demografie-Zuschuss; ...</p>	<p>Vermeidung durch Umbau des 3-Säulen-Modells:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Rentenniveau auf 53 Prozent</li> <li>-betriebliche RV nur noch arbeitgeberfinanziert</li> <li>-Riester-Rente in gesetzliche RV überführen</li> <li>-Senkung des Renteneintrittsalters;...</li> </ul>	<p>Vermeidung durch: Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen mit: mehr Erwerbstätigkeit, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Umwandlung der Minijobs in sozialversicherte Beschäftigung, echte Pflegezeit;...</p>	<p>Keine Fundstelle zu Altersarmut.</p> <p>Nur „fairer Ausgleich zwischen den Generationen“: Höhe der Rente soll sich anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation verändern</p>	<p>Nur Aufschlag in der Grundsicherung für Erziehungszeiten gefordert</p>



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Altersarmut von Frauen II		Gesetzliche Rente als Lebensstandard-sicherung im Drei-Säulen-Modell; gesetzliche „Solidarrente“, Ziel: 10 Prozent über örtlicher Grundsicherung	steuerfinanzierte „solidarische Mindestrente“, mit Einkommens- und Vermögensprüfung; Ausbildung, Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege besser absichern	Niveau der gesetzlichen RV nicht weiter senken;  Garantierente		
<b>5. Wird Leistung von Frauen für Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität anerkannt?</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>?</b>	<b>?</b>
Anerkennung und Aufwertung bezahlter unbezahlter Sorgearbeit	Arbeitsbedingungen und Personalausstattung von Pflegekräften verbessern	Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal; Kindererziehung und Pflege in der gesetzlichen RV besser anerkennen; Beschäftigungspolitik, durch die soziale Dienstleistungen gestärkt werden	Leistung und Belastungen von Frauen in der häuslichen Pflege werden benannt; Beiträge zur gesetzlichen RV- für unbezahlte-Bürgerarbeit, jedoch nur in Organisationen des Rettungs- und technischen Hilfsdienstes	Aufwertung, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in der Pflege; Neuordnung der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen in der gesetzlichen RV für Ehrenämter	Mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der professionellen Pflege, die sich in der Vergütung widerspiegelt	Die zuweilen unangemessene Bezahlung (spielt) eine Rolle für den fehlenden Berufsnachwuchs.



DF-Bewertung:    + = erfüllt

-- = nicht erfüllt, keine Angabe

? = ungenau



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Dritter Entgeltpunkt für Mütter von vor 1992	+	--	+	--	--	--
<b>6. Unterstützung geflüchteter Frauen und Mädchen?</b>	?	+	+	+	--	--
Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Asylgründe	--	Geschlechtsspezifische Asylgründe müssen besser anerkannt werden.	Eigenes Aufenthaltsrecht für Frauen (das vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht aufheben)	Geschlechtsspezifische Fluchtgründe, im Asylverfahren stärker berücksichtigen	--	--
Integration, Bildung und Teilhabe geflüchteter Frauen und Mädchen	Besonderes Augenmerk auf die Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund lenken, da von ihnen der Erfolg der Integration abhängt.	Integrationskurse auf Zielgruppen ausrichten, die für alle Asylbewerber/-innen und Geduldeten offenstehen sollen, insbesondere für Frauen und Mütter.	Niedrig-schwellige Angebote, insbesondere für geflüchtete Frauen verstärkt anbieten	Niedrig-schwellige Angebote von Sprach- und Integrationskurse und der Arbeitsmarktintegration insbesondere für Frauen, mit ausreichender Kinderbetreuung	--	Integration nur in einer deutschen Leitkultur auf Basis des Christentums; kein „Multikulturalismus“; Muslimische Sitten gelten als Integrationshindernis



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
<b>7. Wird Gewaltfreiheit und Antidiskriminierungspolitik umgesetzt?</b>	--	+	+	+	--	--
Antidiskriminierungsstelle stärken	--	Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Ausweitung des AGG-Anwendungsbereichs auf staatliches Handeln Verbandsklagerecht im AGG verankern	Stärkung der Antidiskriminierungsstellen Verbandsklagerecht im AGG verankern	Reform des AGG in Bezug auf LSBTIQ* und andere Gruppen (nicht Frauen) Verbandsklagerecht im AGG verankern	--	Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-Forschung“ mehr bereitstellen
Flächendeckende Finanzierung Frauenhäuser	--	Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer und ihre Kinder	Schutz- und Hilfseinrichtungen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanzieren Bund in die Verantwortung nehmen (...), Kommunen entsprechend finanziell ausstatten	Information und Beratung sowie (.) Schutz und Hilfe für die Opfer Bund in die Verantwortung nehmen.	--	-- Gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die „Eielfternfamilien“ (...) propagieren.



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Ausbau Hilfesystem	Thema wird als erledigt dargestellt: Wir haben die sexuelle Selbstbestimmung gestärkt und den Schutz von Frauen und Minderjährigen vor Gewalt verbessert.	Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen ausbauen und weiterentwickeln; Bundesförderprogramm (und) Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention“	Rechtsanspruch auf Schutz und sofortige Hilfe für Frauen und ihre Kinder; Barrierefreiheit gewährleisten	Betroffene von sexualisierter Gewalt brauchen Unterstützung von Polizei, Ärzt*innen und Justiz; Sicherheits-Anlaufstellen für Frauen.; Präventionskonzepte erarbeiten.	--	Für die Rechte von Vätern starkmachen
<b>8. Soll das Gesundheitswesen gendergerecht ausgestaltet werden?</b>	<b>?</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>+</b>	<b>--</b>	<b>--</b>
Frauengesundheitsbericht als Vorhaben	--	--	--	--	--	--
Berücksichtigung von Frauen in Arzneimittelversorgung	--	--	--	--	--	--
Hebammen- Versorgung I	Versorgung mit geburtshilfflichen Angeboten...	Finanzielle Aufwertung des Berufes	Versorgung sicherstellen, u.a. in Hebammenstütz-	Versorgung mit Hebammenleistungen sichern;...	Hebammen als tragende Säule der Gesundheitsversor...	Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen...



## Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017



THEMENFELD/ PARTEI	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
Hebammen- Versorgung II	im ländlichen Raum sichern		punkten; Reform der Haftpflicht- Versicherung für Hebammen	Bessere Vergütung; Lösung für die Haftpflicht-Versicherung	gung adäquat unterstützen (ohne konkreten Vorschlag)	der Hebammen (ohne konkreten Vorschlag)
<b>9. Wird FuG international umgesetzt?</b>	<b>?</b>	<b>?</b>	<b>?</b>	<b>?</b>	<b>--</b>	<b>--</b>
Gleichstellungsstrategie der Europäischen Union	--	Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel: europäische Verfassung, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird	--	Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind wichtige Faktoren für eine menschenrechtsbasierte Außen- und Entwicklungspolitik	--	--
EU-Richtlinie zur Geschlechterquote	--	--	--	--	--	--
CEDAW-Bericht (Frauenrechtskonvention)	Indirekt: Umsetzung der Agenda 2030 der UNO in nationale Nachhaltigkeitsstrategie	Indirekt: Deutschland muss bei der Umsetzung der Agenda 2030 der UNO Vorreiterrolle einnehmen.	Indirekt: Umsetzung der Agenda 2030 der UNO	--	--	--



DF-Bewertung: + = erfüllt

-- = nicht erfüllt, keine Angabe

? = ungenau